

CETA und Gentechnik

Ein Blick auf den Artikel über Biotechnologie im europäisch-kanadischen Handelsabkommen

Das europäisch-kanadische Handels- und Investitionsabkommen CETA ist sehr gentechnikfreundlich. Es enthält einen eigenen Artikel über die bilaterale Zusammenarbeit über Biotechnologie.¹ Kanada und die EU verpflichten sich darin zu Informationsaustausch und weiterer Zusammenarbeit in kritischen Bereichen wie Zulassungsverfahren, Grenzwerte und dem Umgang mit der Freisetzung von nicht-zugelassenen genmanipulierten Organismen. Die Liste der Fragen, zu denen ein Dialog vorgesehen ist, ist dabei offen formuliert und kann jederzeit erweitert werden. **Das Ziel dieses Dialogs ist ausschließlich die Förderung des Handels** und nicht der Schutz von Umwelt und VerbraucherInnen oder die Eindämmung der Macht weniger Konzerne über den Saatgutmarkt.

In Kanada ist der Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft sehr weit verbreitet. So sind 95% des Rapses, der in Kanada angebaut wird, gentechnisch verändert. Da Raps eine recht auskrenzungsfreudige Pflanze ist und die kleinen Rapsamen oft als Ausfallgetreide bei der Ernte auf dem Feld bleiben, findet sich genmanipulierter Raps aus Kanada auch in kanadischem Senf, vermeintlich gentechnik-freien Rapschergen und ab und an sogar in Getreide. Auch kanadischer Honig enthält oft Pollen von genmanipuliertem Raps. In Kanada gibt es ein Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzen² und für Sorten, die nicht zugelassen sind, gilt wie in Europa Nulltoleranz. In Kanada sind jedoch viel mehr Sorten zugelassen.

Die strengeren Regeln in der EU sind aus kanadischer Sicht ein Handelshemmnis. Nicht-zugelassene Produkte können nicht in die EU exportiert werden, mit nicht-zugelassenen Produkten verunreinigte Produkte müssen aus dem Verkehr gezogen werden. Bereits in der Vergangenheit hat Kanada europäische Regeln für die Zulassung von genmanipulierten Pflanzen innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) angegriffen. 2003 zog Kanada in ein Streitschlichtungsverfahren auf WTO-Ebene³ gegen das damalige De-facto-Moratorium bei Neuzulassungen in der EU, wobei die Gremien der WTO Kanada in den meisten Fragen folgten. Erst 2009 einigten sich die beiden Parteien auf einen Vergleich. Ein wichtiges Zugeständnis der EU war die Einrichtung eines Dialogforums über die Zulassung von Biotech-Produkten. Darauf bezieht sich nun auch CETA.

Der CETA-Text schafft keine direkte rechtliche Verpflichtung für die EU, das Zulassungsverfahren für Gentechnik zu verändern. Er verpflichtet die Partner auf den Dialog und die Kooperation in bestimmten Foren. **Die Themen und Ziele der Kooperation, die im Vertrag festgeschrieben sind, zeigen deutlich, dass hier die Interessen die Biotech-Industrie verfolgt werden.** Die europäischen Regeln werden klar als Handelshemmnis aufgefasst und beim Thema Verunreinigungen ist der Text sogar gentechnik-freundlicher als die momentane Praxis in Kanada.

Im folgenden wird der Originaltext Satz für Satz präsentiert und analysiert.

¹ Der Artikel X.03 steht im Kapitel X, das bilaterale Dialogforen festlegt. Er findet sich auf den Seiten 442 und 443 des konsolidierten CETA-Textes, den die Kommission einen Tag nach dem offiziellen Ende der Verhandlungen veröffentlicht hat: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/september/tradoc_152806.pdf

² *The Regulation of Genetically Modified Food* auf der Homepage des kanadischen Gesundheitsministeriums: http://www.hc-sc.gc.ca/sr-sr/pubs/biotech/reg_gen_mod-eng.php

³ Der Vorgang auf der Homepage der WTO: https://www.wto.org/english/tratop_e/dispu_e/cases_e/ds292_e.htm

<u>Article X.03: Bilateral Cooperation on Biotechnology</u>	<u>Erklärung und Kommentare des Umweltinstitut München</u>
1. The Parties agree that cooperation and information exchange on issues related to biotechnology products are of mutual interest.	Der erste Satz des Artikels spricht für sich, daher soll er hier nur übersetzt werden: „Die Parteien kommen überein, dass Zusammenarbeit und Informationsaustausch über Themen, die mit Biotech-Produkten zu tun haben, im gemeinsamen Interesse sind.“
Such cooperation and exchange of information will take place in the bilateral Dialogue on Biotech Market Access Issues which was established as part of the Mutually Agreed Solution reached on 15 July, 2009 between Canada and the European Union following the WTO dispute <i>European Communities – Measures Affecting the Approval and Marketing of Biotech Products (WT/DS292)</i> .	Der zweite Satz legt das Forum für die Zusammenarbeit und den Dialog über Biotechnologie fest. Dafür soll das Dialogforum genutzt werden, das 2009 bei einem Vergleich zwischen der EU und Kanada in einem Streit vor der WTO geschaffen wurde. Kanada hatte die EU 2003 wegen zu restriktiver Politik gegen Gentechnik vor ein Schiedsverfahren in der WTO gezogen.
The dialogue covers any relevant issues of mutual interest to Canada and the EU, including, among others:	Es folgt eine Liste von Themen, die in diesem Dialog aufgegriffen werden sollen. Die Liste ist jedoch nicht abgeschlossen, sondern wurde explizit offen formuliert. Es sollen „alle relevanten Fragen“ besprochen werden.
- Biotechnology product approvals in the territory of Canada or the EU as well as, where appropriate, forthcoming applications of commercial interest to either side;	Thema 1: Die Zulassung von Biotech-Produkten auf beiden Seiten sowie Anträge auf Zulassung solcher Produkte, die für eine der Parteien von kommerziellem Interesse sind.
- the commercial and economic outlook for future approvals of biotechnology products;	Thema 2 ist ganz allgemein gefasst: Kommerzielle und ökonomische Perspektiven auf zukünftige Zulassungen
- any trade impact related to asynchronous approvals of biotechnology products or the accidental release of unauthorised products, and any appropriate measures in this respect;	Thema 3: Jede Art von Einfluss auf den Handel, wenn bestimmte Produkte auf der einen Seite zugelassen sind und auf der anderen nicht („asynchrone Zulassungen“) und wenn nicht-zugelassene Biotech-Produkte versehentlich freigesetzt werden. Außerdem soll besprochen werden, was dagegen getan werden kann. Dieser Satz ist besonders gefährlich: Im Sinne des Handels gegen „asynchrone Zulassungen“ und Probleme mit der Freisetzung nicht-zugelassener Organismen vorzugehen bedeutet, dass in der EU mehr genmanipulierte Produkte zugelassen und eine Toleranz für die Verunreinigung von Saatgut mit nicht-zugelassenen Sorten geschaffen werden soll.

<p>- any biotech-related measures that may affect trade between Canada and the EU, including measures of EU Member States;</p>	<p>Thema 4 ist sehr allgemein gefasst: Es geht um alle Maßnahmen, die Biotechnologie und Handel betreffen. Darauf folgt jedoch ein sehr interessanter Nebensatz: Eingeschlossen sind auch alle Maßnahmen der Mitgliedsstaaten der EU. Das schließt auch deren föderale Ebenen ein, wie z.B. in Deutschland und Österreich die Bundesländer.</p>
<p>- any new legislation in the field of biotechnology; and</p>	<p>Thema 5: Jede neue Gesetzgebung im Bereich der Biotechnologie. Das richtet sich klar auf zukünftige Regulierung.</p>
<p>- best practices in the implementation of legislation on biotechnology.</p>	<p>Thema 6: Wie die Gesetzgebung über Biotechnologie am besten in der Praxis umgesetzt wird.</p>
<p>2. The Parties also note the importance of the following shared objectives with respect to cooperation in the field of biotechnology:</p>	<p>Mit dem zweiten Absatz des Artikels einigen sich die Parteien in einer schwachen Formulierung auf eine nicht abgeschlossene Reihe von gemeinsamen Zielen in Bezug auf die Kooperation im Bereich Biotechnologie. Während der erste Absatz also das Forum und die Inhalte des Dialogs beschreibt, geht es im zweiten um die Ziele des Dialogs.</p>
<p>- exchanging information on policy, regulatory and technical issues of common interest related to a product of biotechnology;</p>	<p>Ziel 1: Der Austausch von Informationen über politische, regulatorische und technische Fragen von gemeinsamem Interesse, die mit einem Biotech-Produkt zu tun haben.</p>
<p>- and in particular information on their respective systems and processes for risk assessment for taking a decision on the use of a genetically modified organism;</p>	<p>Ziel 2 konkretisiert das erste Ziel: Es geht im Besonderen um die Verfahren zur Risikoprüfung bei der Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen.</p>
<p>- promoting efficient science-based approval processes for products of biotechnology;</p>	<p>Ziel 3: Förderung eines effizienten, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierenden Zulassungsverfahrens für Biotech-Produkte. Das ist besonders gefährlich: Das Vorsorgeprinzip, nach dem Produkte, deren Sicherheit nicht nachgewiesen ist, vorsorglich nicht zugelassen werden, gilt in Nordamerika und bei der Industrie nicht als wissenschaftsbasiert. Sie verlangen, dass umgekehrt die Schädlichkeit von Produkten sicher nachgewiesen sein muss, bevor sie verboten werden. Auch in dem oben genannten Schiedsverfahren in der WTO warf Kanada der EU eine mangelnde wissenschaftliche Basis für Regulierungsentscheidungen vor. Das gleiche gilt für die Auseinandersetzung mit den USA um Hormone im Rind- und Schweinefleisch. In der Diskussion um die „Wissenschaftlichkeit“ der Zulassungsverfahren gehen zudem viele Argumente gegen Grüne Gentechnik unter: Die Machtkonzentration auf dem Saatgutmarkt, die Ernährungssouveränität, die klaren Mehrheitsverhältnisse gegen Gentechnik und die Frage, wozu Gentechnik eigentlich benötigt wird.</p>

	Auch ein „effizientes Zulassungsverfahren“ ist hier durchaus eine problematische Forderung. Aus der Sicht Kanadas, der USA und der Gentechnik-Industrie beiderseits des Atlantiks ist das europäische Verfahren zu kompliziert, zu langsam und zu politisch. Und das, obwohl die zuständige Behörde EFSA als sehr gentechnikfreundlich gilt und Erkenntnisse gentechnik-kritischer WissenschaftlerInnen gerne ignoriert und diffamiert.
- cooperating internationally on issues related to biotechnology such as low level presence of genetically modified organisms;	Ziel 4: Die internationale Kooperation zu Fragen der Biotechnologie auch über die rein kanadisch-europäischen Foren hinaus. Dabei wird ein Thema konkret benannt und zwar Verunreinigungen mit genmanipulierten Organismen auf sehr niedrigem Niveau. Die Notwendigkeit, Warenströme und Anbau von genmanipulierten und normalen Pflanzen zu trennen, verursacht hohe Kosten. Zudem besteht stets das Risiko von Auskreuzungen und Verunreinigungen, die z.B. eine Charge Saatgut oder Futtermittel im Zielmarkt wertlos macht. Regelungen für eine „low level presence“ zu treffen würde dieses Problem im Sinne der Industrie lösen. Das ist gefährlich , weil dadurch die Nulltoleranz für nicht-zugelassene Sorten aufgegeben wird. Besonders interessant ist das, weil auch in Kanada Nulltoleranz bei nicht-zugelassenen Sorten gilt, das Land sich aber trotzdem international für "low level presence" engagiert.
- engaging in regulatory cooperation to minimize adverse trade impacts of regulatory practices related to biotechnology products.	Ziel 5: Regulatorische Kooperation, um negative Effekte der regulatorischen Praxis bei Biotech-Produkten auf den Handel zu minimieren. Dabei geht es erneut ausschließlich um die negativen Folgen für den Handel, die ein restriktiver Umgang mit Gentechnik mit sich bringt. Regulatorische Kooperation soll diese Effekte dadurch minimieren, dass bereits bei der Gesetzgebung kommuniziert und kooperiert wird, um unterschiedliche Regeln zu vermeiden. Das birgt die Gefahr, dass zukünftige Gesetzgebung im Bereich der Biotechnologie, z.B. bei neuen Methoden der Genmanipulation, von Anfang an von organisiertem Störfeuer durch kanadische Exportwünsche behindert wird.

Fazit:

Mit CETA verpflichten sich die EU und Kanada darauf, einen Dialog über den Umgang mit Biotechnologie und insbesondere Gentechnik zu führen. Die Themen dieses Dialogs und seine Ziele sind umfassend. Sie sind klar gentechnik-freundlich formuliert und betreffen auch Maßnahmen der Mitgliedsstaaten und ihrer förderalen Einheiten. Das beinhaltet viele Gefahren für die Gentechnikfreiheit Europas und das Vorsorgeprinzip im Zulassungsverfahren. Die große Mehrheit der EuropäerInnen wünscht sich eine Politik, die ihre Teller und Felder gentechnikfrei hält. Wir fordern den Rat der EU, das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente auf, das Abkommen zurückzuweisen. Anstatt gentechnik-freundliche Abkommen zu verhandeln, sollte sich die Kommission zur Aufgabe machen, Europas Gentechnikfreiheit langfristig zu sichern und als Modell international zu vertreten.